

Niederschrift Nr. 27 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 21.09.2011
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:15 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Ammersken, Heino

SPD-Fraktion

Brunken, Karola für Elfriede Meyer
Götze, Horst
Grix, Helga
Meinen, Regina
Meyer, Lina
Schulze, Kai-Uwe

CDU-Fraktion

Orth, Petra
Verlee, Carmen

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd für Walter Schild

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Graf, Wilfried

Beratende Mitglieder

Dietrich, Jürgen
Grix, Wilhelm
Hayenga, Klaas
Janssen, Soghra
Kandziora, Marianne
Steinmeyer, Elke
Voges, Dr. Friedhelm

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Tempel, Doris
Decker, Ubbo Dr.
Engels, Josef
Knochenhauer, Annett
Szag, Elisabeth
Zorn, André

Protokollführung

Jetses, Karin

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 21.09.2011

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ammersken eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 31.08.2011

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 31.08.2011 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Infektionsschutz - Behandlung von Kopfläusen
Vorlage: 15/2159

Herr Zorn erläutert die o. a. Vorlage. **Frau L. Meyer** erklärt, die SPD-Fraktion werde der Vorlage 15/2159 zustimmen. Sie möchte wissen, ob die Läuseplage sich durch diese Aktion verringert hätte und die Verwaltung das Problem damit „im Griff hätte“. **Herr Dr. Decker** erwidert, das Problem „Läuse“ werde die Verwaltung nie ganz beseitigen können. Es sei allerdings eine gewisse Minderung der Läuseplage bei den Gruppen festgestellt worden, bei denen es in der Vergangenheit schwer gewesen sei, die Behandlung aufgrund von finanziellen Problemen durchzusetzen. Es könne daher von einem Erfolg gesprochen werden.

Frau Verlee erklärt, die CDU-Fraktion werde der o. a. Vorlage ebenfalls zustimmen. Sie möchte wissen, wie hoch die Läusemittelkosten pro Person seien. **Herr Dr. Decker** schätzt die Kosten auf 15 – 25 € pro Person.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 21.09.2011

Beschluss:

Die Stadt Emden stellt im Rahmen des Infektionsschutzes Personen über 12 Jahren, die regelmäßige Leistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII oder dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, im Falle der ärztlichen Verordnung die zur Behandlung notwendigen Läusemittel zur Verfügung. Gleiches gilt auch für die Personen, die in Einrichtungen für Obdachlose betreut werden. Die nachstehend genannte Verfahrensweise soll bis zum 31.12.2013 angewandt werden.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Projekt "Härtefallregelung zur Übernahme von Kosten für empfängnisverhütende Mittel" mit der pro familia Emden
Vorlage: 15/2160

Herr Lutz freut sich, dass die Verwaltung dieses Projekt ohne wirtschaftliche Nachteile für die betroffenen Menschen durchführen könne. **Herr Graf** stimmt dem zu.

Beschluss:

Der pro familia Emden sind jährlich 7.500,00 € für die Dauer der Projektlaufzeit (01.11.2011 bis 31.10.2014) für das Projekt „Härtefallregelung zur Übernahme von Kosten für empfängnisverhütende Mittel“ zur Verfügung zu stellen. Die Rahmenbedingungen sind mit der pro familia wie vorgeschlagen zu vereinbaren.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Änderung der Satzung über die Bildung des Seniorenbeirates der Stadt Emden
Vorlage: 15/2161

Herr Engels erläutert ausführlich die o. a. Satzungsänderung. Diese wird dem Protokoll der heutigen Sitzung als Anlage 1 angehängt. **Frau Tempel** geht auf die redaktionellen Änderungen in § 5 Abs. 1, § 5 Abs. 2 und § 6 Abs. 1 der o. a. Satzung ein (siehe Ergänzungsvorlage 15/2161/1). **Frau Kandziora** und **Herr Lutz** nehmen Stellung.

Frau L. Meyer stellt aufgrund weiteren Beratungsbedarfs in ihrer Fraktion den Antrag, die o. a. Vorlage an die Fraktionen zu verweisen. **Frau Orth**, **Herr Ammersken** und **Herr Renken** schließen sich dem an.

Herr Renken fügt hinzu, da der Entwurf auf einer breiten Beteiligung des Seniorenbeirates fuße, müsse man diesen auch sehr ernst nehmen. Es sollte daher niemandem „vor den Kopf gestoßen werden“, der hieran ehrenamtlich mitgearbeitet hätte. Vor allem die Frage, ob die Mitglieder des Beirates künftig weiterhin von Institutionen entsandt oder aber der Beirat „breiter aufgestellt werden solle“, sei wichtig. Ziel sollte es sein, die Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren in Emden mehr als bisher zu stärken.

Herr Engels weist darauf hin, dass bis zur Satzungsänderung die alte Satzung ihre Gültigkeit behalte. Der neue Seniorenbeirat werde erst nach Änderung der Satzung gebildet. Er bedauere das nachlassende Interesse der Älteren an einer Mitarbeit in Organisationen.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 21.09.2011

Herr Lutz geht auf § 6 „Amtszeit und Bildung des Seniorenbeirates“ ein.

Es wird beschlossen, die o. a. Vorlage an die Fraktionen zu verweisen. **Herr Ammersken** schlägt vor, sich schon in den nächsten Tagen mit der Angelegenheit auseinandersetzen. Vielleicht wäre dann eine Abstimmung im VA am 26.09.2011 und im Rat am 29.09.2011 noch möglich.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 8 Finanzielle Förderung im Rahmen der offenen Altenhilfe - projektbezogen
Vorlage: 15/2106

Herr Zorn weist darauf hin, dass die jährlich zur Verfügung gestellten 7.500 € kaum noch abgerufen würden. Lediglich zwei Anträge seien in diesem Jahr eingegangen, von denen einer auch noch abgelehnt werden musste. Er bittet die beiden Pressevertreter, in ihren Artikeln auf die Möglichkeit der projektbezogenen offenen Altenhilfe hinzuweisen. **Herr Ammersken** schließt sich dem an. Es könne nicht im Sinne des Rates sein, diese freiwillige Leistung bald wieder streichen zu müssen.

Herr Schulze möchte wissen, ob das Ausfüllen der Anträge evtl. zu kompliziert sei. Er erkundigt sich, wie viele Personen an der generationsübergreifenden Kunstreise der Malschule der Kunsthalle in Höhe von 1.615 € teilgenommen hätten. **Herr Lutz** erklärt, der Verwendungsnachweis für die Reise der Malschule der Kunsthalle liege noch nicht vor. Von daher könnten noch keinen genauen Angaben bezüglich der Teilnehmerzahl gemacht werden.

Bezüglich des Ausfüllens der Formulare verweist **Herr Lutz** auf die städtischen MitarbeiterInnen, die beim Ausfüllen der Formulare gerne behilflich seien.

Herr Ammersken verweist auf den Topf der nicht projektbezogenen Förderung im Rahmen der offenen Altenhilfe. Hier gäbe es nicht das Problem der wenigen Anträge, sondern hier würde gießkannenmäßig verteilt. **Frau L. Meyer** meint, vielen BürgerInnen sei gar nicht bekannt, wann eine projektbezogene und wann eine nicht projektbezogene Förderung beantragt werden könne. Sie bittet um eine Erläuterung in der Presse. **Herr Engels** sagt eine zusätzliche Werbung zu. Es seien bereits alle Organisationen angeschrieben worden, aber anscheinend müsste dies in regelmäßigen Abständen wiederholt werden,

Herr Renken möchte wissen, inwieweit die Weihnachtsfeier in Petkum/Widdelswehr eine projektbezogene Weihnachtsfeier sei. **Herr Engels** erwidert, dieser jährlich eingehende Antrag werde regelmäßig abgelehnt.

Frau Orth schlägt ein Projekt „Weihnachtssterne basteln“ vor. **Herr Engels** antwortet, dieses Projekt sei aufgrund seiner fehlenden Nachhaltigkeit nicht förderfähig.

Frau L. Meyer moniert die Aussage von Herrn Renken. Es gäbe viele kleine Vereine, die wirklich auf das Geld angewiesen seien (z. B. für die Zahlung von Porto, Druckerpatronen o. ä.). Und wenn dann neben der geleisteten Arbeit der Ehrenamtlichen noch Geld für eine Tasse Kaffee überbleibe, sei dies für sie in Ordnung.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 21.09.2011

Herr Grix meint, er hätte die erst seit zwei Jahren bestehenden Anträge schon oft genug ausgefüllt. Seines Erachtens nehme ein nachhaltiges Projekt auch oft mehr als ein Jahr in Anspruch. Es sollte daher genau geprüft werden, um welche Projekte es sich handele. Im Übrigen sollten mehr Personen als die vier Jurymitglieder über die Vergaben entscheiden.

Herr Ammersken erwidert, aufgrund seiner Mitgliedschaft im Vergabeausschuss sei ihm bekannt, dass die projektbezogene Förderung länger als zwei Jahre existiere und verschiedentlich Projekte auch über ein Jahr hinaus gefordert worden seien. **Herr Engels** bestätigt dies und nennt die Projekte am Schwanenteich, der Malschule und der Kindergärten Rote Mühle und Borssum.

Herr Lutz erklärt, er würde neue Ideen (z. B. ein Computertreffen in Barenburg) sehr begrüßen. Hiermit würde dem demografischen Wandel genüge getan.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Förderung von Integrationsvorhaben

Frau Tempel berichtet, der Verwaltung läge ein Antrag des Kultur- und Bildungsvereins Internationales Barenburg e. V. auf nachhaltige Förderung der Integrationsvorhaben ab dem Jahre 2012 vor. Die Verwaltung werde diesbezüglich mit dem Verein Kontakt aufnehmen. Über die anschließend zu erstellende Beschlussvorlage werde dann der neue Rat befinden müssen. Der Antrag werde dem Protokoll als Anlage 2 angehängt.

2. Seniorenwegweiser

Herr Engels teilt mit, aufgrund der großen Nachfrage seien noch einmal 1000 Exemplare des Seniorenwegweisers nachgedruckt worden. Diese könnten im Verwaltungsgebäude III am Informationsschalter abgeholt werden.

TOP 10 Anfragen

1. Asylbewerber

Frau L. Meyer möchte wissen, ob der Stadt Emden schon Asylbewerber vom Land Niedersachsen zugewiesen worden seien und wo diese wohnen würden. **Frau Tempel** antwortet, die Verwaltung bekomme regelmäßig Neuzuweisungen vom Land. Junge, alleinlebende Zugewiesene würden in der Wohnung in der Wolthuser Straße untergebracht. Dort sei Platz für acht Einzelpersonen. Um sich hier besser einzuleben, würden sie von einem Sozialpädagogen begleitet.

Zugewiesene Familien würden in verschiedenen Stadtteilen, aber hauptsächlich in der Innenstadt, z. B. Am Tonnenhof, untergebracht.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 21.09.2011

2. Vorsitz

Herr Ammersken weist darauf hin, dass dies heute seine letzte Sitzung gewesen sei. Er bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit den Ausschussmitgliedern und wünscht ihnen alles Gute.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.